I.

Der Vertrag vom 5. September 1805 und Badens Bündnis mit Frankreich.

I.

In die Verhandlungen zwischen den europäischen Großmächten, die zu dem Abschluß der dritten Koalition gegen Frankreich geführt haben, das Schutz- und Trutzbündnis zwischen Rußland und Oesterreich vom November 1804, den Zutritt Schwedens im Januar und Englands im April 1805, hatte natürlich die Regierung eines kleinen Staates, wie Baden, keinen Einblick erhalten, so nahe auch Karl Friedrich dem russischen Kaiser, dem Gemahl seiner Enkelin, stand. Noch wenige Tage vor dem Abschlusse jenes Bündnisses zwischen Rußland und Oesterreich behauptete der badische Gesandte am Wiener Hofe, v. Gemmingen (192), das Wiener Kabinett sei wenig in die Pläne der europäischen Politik eingeweiht, keine fremde Macht stehe zur Zeit in Unterhandlungen mit Oesterreich. Auch was er zwei Tage nach jenem Abschlusse von angeblichen kriegerischen Absichten Rußlands schrieb (203), beweist, daß er von der wahren Sachlage gar keine Ahnung hatte. Aber die gleichsam in der Luft liegenden Vorzeichen einer Störung des europäischen Friedens konnten doch nicht ganz übersehen werden. Seit dem Januar 1805 berichtete der badische Gesandte in Paris, v. Dalberg,[1]) wiederholt davon (261. 263. 270), daß man dort den Ausbruch eines Kontinentalkrieges erwarte; man glaube allgemein, daß Napoleon ihn wünsche, um sich aus der Verlegenheit wegen der Landung in England zu ziehen und sein Heer zu beschäftigen. Des Kaisers Absicht sei, nach Italien zu gehen; ein Teil der Garden habe schon den Befehl, sich marschbereit zu halten. Dalberg erwog (271) auch schon im März die Folgen, die ein Krieg zwischen Frankreich und Oesterreich haben könne, wenn, wie man glauben müsse, dieser Krieg zu einer Niederlage Oesterreichs führen werde. Er erhoffte davon für Baden den Erwerb des Breisgaus und der Ortenau. Bei der Zusammenkunft in Mainz mit Karl Friedrich im September 1804, und dann in einer Unterredung in Paris mit dem Markgrafen Ludwig, Karl

[1]) Freiherr Emmerich Josef v. Dalberg, ein Sohn des bekannten Mannheimer Intendanten; im Juni 1803 war er Reitzensteins Nachfolger in Paris geworden.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Friedrichs Sohn, hatte Napoleon es als einen Fehler der französischen Regierung bezeichnet, daß man 1802 Oesterreich den Breisgau gelassen habe, einen Fehler, den er bei der ersten Gelegenheit wieder gutmachen werde (269). Nach Dalbergs Meinung sollte beim Ausbruch eines Krieges Badens Haltung nach der von Bayern sich richten. Wenn aber Bayern sich abseits halte und es vermeide, tätigen Anteil zu nehmen, so frage es sich, ob Baden sich in einen so wichtigen Streit einmischen dürfe. Welche Rolle werde Rußland in einer solchen Krisis spielen? Man sieht, auch er hatte noch keine Ahnung von dem Verhältnis Rußlands zu Oesterreich. Da Dalberg in solcher Lage nichts auf sich selber nehmen wollte, so erbat er sich vom Minister v. Edelsheim genaue Instruktionen. Dieser aber ging auf die Anregungen des Gesandten mit keiner Silbe ein; er hielt die Lage offenbar für so wenig bedenklich, daß er Dalberg, der auf Einladung Talleyrands Mitte Mai nach Mailand gegangen war, um an den Festlichkeiten anläßlich der Königskrönung Napoleons teilzunehmen, einen mehrwöchentlichen Urlaub zu Reisen in Italien gab. Da im Juli der französische Geschäftsträger in Karlsruhe, Massias, ebenfalls in längeren Urlaub ging, so mag ihn das in seiner Auffassung von der Unbedenklichkeit der politischen Situation bestärkt haben. Aber schon am 18. Juli sandte er an Dalberg die Weisung (286), heimzukehren. Dalberg, der Anfangs August in Mannheim eintraf, glaubte noch Mitte dieses Monats seine Anwesenheit in Paris als unnötig bezeichnen zu dürfen (291); man müsse das nächste Frühjahr abwarten, um zu wissen, ob man Krieg haben werde. Aber wie viel rascher sollten sich die Dinge entwickeln! Gerade die Vorgänge in Italien, die Annahme der italienischen Königswürde durch Napoleon, das Dekret vom 9. Juni, durch das die ligurische Republik aufgehoben und Genua mit Frankreich vereinigt wurde, führten die Entscheidung herbei: Ende Juli verabredeten Rußland und Oesterreich die Art und Weise eines gemeinschaftlichen Vorgehens. Der Ausbruch des Krieges stand dicht bevor, aber beide Parteien suchten in den nächsten Wochen noch ihre wahren Absichten zu verhüllen, um ihre Vorbereitungen treffen zu können. In Karlsruhe scheint man noch bis Ende August an die Möglichkeit, den Frieden zu erhalten, geglaubt zu haben, als der oesterreichische Gesandte v. Schall eine Abschrift der Erklärung des Wiener Hofes an die Kabinette von Petersburg, Paris, London, Madrid und Berlin vorlegte,[1]) in der Oesterreich den trügerischen Schein annahm, als empfehle es eine friedliche Verständigung und biete „im festen Vertrauen auf die gemäßigten Gesinnungen Frankreichs" seine Vermittelung an, eine Erklärung, die von Edelsheim freudig als „neuer conciliatorischer Vorschritt" begrüßt wurde (433).

In eben jenen Augusttagen fanden in Baden-Baden und auf Schloß Favorite Besprechungen mit einem französischen Diplomaten statt, die, wenn sie auch eine Angelegenheit mehr privater Natur betrafen, doch des politischen Interesses nicht entbehrten. Ihr Verlauf und ihr Ausgang zeigen, wie eifrig beflissen man am badischen Hofe war, sich das Wohlwollen Napoleons auch um den Preis der Aufgabe eigener Wünsche zu erhalten.

Seit dem Sommer 1804 war der Plan einer Vermählung des Erbprinzen Karl von Baden, Karl Friedrichs Enkel, mit der ältesten Tochter Max Josefs von Bayern, der Prinzessin Augusta, zwischen den beiden Höfen erörtert worden. Er scheint von zwei Frauen ausgegangen zu sein, der Kurfürstin Karoline von Bayern, der Enkelin Karl Friedrichs und Schwester des Kurprinzen Karl, die Max Josef am 9. März 1797 in zweiter

[1]) Vgl. Häusser, Deutsche Geschichte 2, 556.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Ehe geheiratet hatte, und ihrer Mutter, der verwitweten Markgräfin Amalia von Baden. Letztere gewann für den Plan ihren Schwager, den Markgrafen Ludwig, und durch diesen die Gräfin Hochberg, Karl Friedrichs zweite Gemahlin, und ihrem vereinten Einfluß gelang es, die Bedenken des badischen Kurfürsten gegen eine Verheiratung seines Enkels und Erben mit einer katholischen Prinzessin zu überwinden (288). Die in Aussicht stehende neue Verbindung zwischen dem angestammten wittelsbachschen und dem neuen badischen Herrscherhaus wurde in Mannheim und in den pfälzischen Landen mit großer Freude begrüßt (150. 198); in Karlsruhe hoffte man, daß sie auf den verdrießlichen Streit wegen der Arrangierung der auf der Pfalz haftenden Schulden und auf andere zwischen Bayern und Baden bestehende Differenzen günstig einwirken werde (206). Das Heiratsprojekt hatte sich bis zum Oktober 1804 soweit verdichtet, daß, wenn auch eine offizielle Verlobung noch nicht stattgefunden hatte, die beiden Kurfürsten sich doch durch ihr Wort für gebunden erachteten.

In dieses Verhältnis griff nun mit rauher Hand Napoleon ein. Der Wunsch, seine Familie mit alten regierenden Häusern näher zu verbinden, hatte ihn schon im Sommer 1804 auf den Gedanken gebracht, für seinen Stiefsohn Eugen Beauharnais um die Hand der um ihrer Schönheit und Anmut willen vielgerühmten Prinzessin Augusta zu werben. Der französische Geschäftsträger in München mußte in Talleyrands Auftrag den Hof sondieren, fand aber kein rechtes Entgegenkommen. Man verhüllte die wirklichen Gründe, die gegen die von Napoleon geplante Familienverbindung sprachen,[1]) den Stolz des alten Fürstengeschlechts gegenüber dem französischen Emporkömmling, die Rücksicht auf Rußland, die Ungewißheit, wie lange Napoleons Glück dauern werde, durch den Hinweis auf die mit Baden schon getroffenen Verabredungen. Napoleon schien die Sache auf sich beruhen zu lassen. Daß er den Plan aber nicht aufgegeben hatte, zeigte sich im Dezember, als Markgraf Ludwig und der Kurprinz anläßlich der Kaiserkrönung in Paris weilten. Damals ließ er durch Talleyrand auf den Markgrafen in dem Sinne einwirken, daß er seinen Vater zu einem Verzicht auf die Verheiratung des Kurprinzen mit der bayerischen Prinzessin bestimmen möge. Er rechnete auf die bekannte Gesinnung des Markgrafen, der in dem Wohlwollen Napoleons das Heil für sein Haus erblickte. In der Tat ging dieser auf die gegebene Anregung eifrig ein und unterrichtete seinen Vater von den Absichten Napoleons. Karl Friedrich schrieb darauf im Januar selbst an den Kaiser, indem er sich auf das dem bayerischen Kurfürsten gegebene Wort berief; er erhielt keine Antwort. Jedenfalls hielt er aber von jetzt an in der Sache zurück und wich dem Drängen seiner Schwiegertochter und des bayerischen Hofes aus. Kein Zweifel, daß ihm die Verbindung seines Enkels mit der bayerischen Prinzessin an und für sich erwünscht war, aber er scheute davor zurück, den Zorn Napoleons zu erregen, auf dessen Wohlwollen bei der so sehr gewünschten Erwerbung des Breisgaus und bei der Regelung der Stellung seiner Söhne zweiter Ehe er rechnete. Im Juli drang Max Josef — man hatte in Mailand seinem Gesandten v. Cetto gegenüber von neuem von der Verheiratung der Prinzessin mit Eugen gesprochen — entschieden auf den Abschluß der Ehe und wünschte, daß der Staatsminister v. Edelsheim nach München komme, um den Ehekontrakt zu errichten. Karl Friedrich ging nicht darauf ein; um aber den bayerischen Kurfürsten nicht zu beleidigen, schickte er einen anderen

[1]) Vgl. Denkwürdigkeiten des Bayerischen Staatsministers Max Gr. von Montgelas. Stuttgart 1887. S. 90 ff.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Bevollmächtigten nach München, um die vorzunehmenden Schritte zu beraten. Es wurde beschlossen, die beiden Gesandten v. Cetto und v. Dalberg sollten sich zu Talleyrand begeben und diesem die Lage auseinandersetzen, ihre gegenseitige Verpflichtung und den Wunsch die Verbindung zustande zu bringen; indessen würde man den Wünschen des Kaisers die Entscheidung überlassen (294). Aber bevor die beiden Herren abreisten, wurde von französischer Seite die Entscheidung in anderer Weise herbeigeführt.

Wenn in den früheren Verhandlungen die beiden Kurfürsten betont hatten, wie sehr sie wünschten, dem Kaiser einen Beweis ihrer Ergebenheit und Achtung liefern zu können, wenn sie nicht durch ihr Wort sich gebunden fühlten, so glaubte Talleyrand doch in den Versicherungen des Kurfürsten von Baden mehr Aufrichtigkeit erblicken zu dürfen. Hier sollte nun energischer eingesetzt werden. Wenn es gelang, Karl Friedrich zu einem formellen Verzicht zu bewegen, so blieb auch dem Kurfürsten von Bayern kein Vorwand mehr übrig, der stets beteuert hatte, daß der Erfüllung seines Wunsches, S. K. Majestät einen Gefallen zu erweisen und sich durch die engsten Bande mit Frankreich zu vereinigen, nur die älteren Rechte des Hauses Baden entgegenstünden. Da Massias auf Urlaub von Karlsruhe abwesend war, wurde der Kaiserl. Kammerherr de Thiard[1]) mit dieser Aufgabe betraut. Napoleon gab ihm persönlich am 22. Juli seine Weisungen und Talleyrand am folgenden Tage eingehende Instruktionen. Er sollte durch Burgund und die Schweiz, scheinbar als Vergnügungsreisender, nach Karlsruhe gehen, durch Edelsheim, an den er ein Empfehlungsschreiben erhielt, sich bei Hofe einführen lassen, sich dem Markgrafen Ludwig eröffnen, auf dessen Unterstützung man sicher rechnete, und mit dessen Hülfe und der Hülfe der Gräfin Hochberg, der für diesen Dienst die Unterstützung Frankreichs bei ihren Bemühungen um die Zukunft ihrer Söhne in Aussicht gestellt wurde, den gewünschten Verzicht des Kurfürsten zu erlangen suchen (288). Thiard führte seinen Auftrag mit großer Geschicklichkeit aus (294. 299). Er kam anfangs August nach Karlsruhe. Da der Kurfürst auf Schloß Favorite weilte, nahm er in Baden-Baden Aufenthalt, fand, durch Edelsheim vorgestellt, am 11. August Zutritt bei Hofe und versicherte sich zunächst des Markgrafen Ludwig, während er auf dessen Wunsch die Gräfin Hochberg gänzlich aus dem Spiele ließ. Die zu überwindenden Schwierigkeiten waren nicht gering; sie lagen, wie der Markgraf sich ausdrückte, in dem natürlichen Starrsinn des Alters und in der Loyalität des Kurfürsten, der sich niemals dazu werde bewegen lassen, förmlich sein Wort zurückzunehmen. Um sich der Markgräfin Amalie und dem bayerischen Hofe gegenüber zu decken, hielt es der Markgraf für geraten, den Herrn v. Dalberg zuzuziehen, der das höchste Vertrauen der Markgräfin und des Kurfürsten genieße. Zwar machte dieser in einer Unter-

[1]) Auxonne Marie Théodose de Thiard, Graf de Bissy, geb. 1772, kämpfte von 1791—1800 als Emigrant unter Condé. 1801 wurde er aus der Emigrantenliste gestrichen und im November 1804 ernannte ihn Napoleon zum Kammerherrn. Im Februar 1807 gab er aus unbekannten Gründen seinen Dienst beim Kaiser auf. Er starb im Jahre 1852. In den letzten Jahren seines Lebens schrieb er seine Memoiren, die er aber, wie es scheint, durch eine testamentarische Verfügung vernichten ließ. Durch einen Zufall entging der Vernichtung der Abschnitt, der die Jahre 1804 und 1805 behandelt und 1899 von Lex veröffentlicht wurde. Diese Souvenirs diplomatiques et militaires du général Thiard leiden, wie so viele Memoirenwerke, an dem Fehler, daß vielfach die Dinge und Ereignisse in der Erinnerung des in spätem Alter schreibenden Verfassers sich verschoben haben. Seine Erzählung muß also stets mit Hülfe andern urkundlichen Materials kontrolliert werden. Ich werde später mehrfach auf Widersprüche zwischen seiner Erzählung und den Akten aufmerksam machen müssen. Vgl. auch K. Obsers Besprechung der Souvenirs in der Zeitschrift f. d. Gesch. des Oberrheins. N. F. XV. 537 ff.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

redung auf Schloß Favorite am 25. August eine Reihe von Einwendungen geltend; zwar wehrte sich der Kurfürst lange gegen den ihm angesonnenen Wortbruch; aber der Gewandtheit des französischen Unterhändlers, der in geschickter Weise auf die Erfüllung des Lieblingswunsches Karl Friedrichs, die Anerkennung der Sukzessionsfähigkeit seiner Söhne zweiter Ehe anspielte, gelang es doch, insoweit zu dem gewünschten Ziele zu kommen, daß Karl Friedrich sich bereit erklärte, an den Kurfürsten von Bayern zu schreiben und diesen seines Wortes zu entbinden, „wenn ihn das Interesse des Corps Germanique im allgemeinen und das seines Hofes im besonderen zu Gunsten der ihm vorgeschlagenen Heirat seiner Tochter mit dem Prinzen Eugen bestimmen würde" (300). Diese Erklärung, von Thiard redigiert und vom Markgrafen Ludwig und Dalberg unterschrieben, war in der Hand des Franzosen, der jetzt seiner weiteren Instruktion gemäß abreiste, um in München zuerst in vorsichtiger Weise den Boden zu sondieren, eine Waffe, deren er sich gegen Max Josef bedienen konnte, falls dieser noch länger seine Verpflichtung gegen Karl Friedrich vorschützte. Wie sich die Ehefrage weiter zwischen Bayern und Frankreich abspielte, bis am 14. Januar 1806 wirklich die Ehe zwischen Prinzessin Auguste und Eugen Beauharnais abgeschlossen wurde, haben wir hier nicht weiter zu erörtern. Thiard kam diesmal nicht bis München, noch unterwegs, in Stuttgart, erreichte ihn ein neuer, viel wichtigerer Auftrag Talleyrands, der ihn sofort wieder an den badischen Hof zurückführte.[1]) Wir kehren damit auf das rein politische Gebiet zurück.

Daß bei einem Kriege zwischen Frankreich und Oesterreich Baden sogut wie die andern süddeutschen Staaten in Mitleidenschaft gezogen werden würde, mußte jedermann klar sein. Eine Neutralität im vollen Sinne des Wortes war nicht möglich, denn Süddeutschland mußte das Durchzugsland für die kriegführenden Mächte werden, um an den Gegner heranzukommen. Eine Neutralität konnte nur in dem Sinne aufrecht erhalten werden, wie es im vorangegangenen zweiten Koalitionskrieg der Fall gewesen war. Dann war aber vorauszusehen, daß die Hülfsquellen der drei süddeutschen Staaten von den kriegführenden Mächten ohne Bedenken ausgenützt würden; sie gerieten in die Gefahr, von beiden fast wie Feindesland betrachtet zu werden.[2]) Zwar Kurfürst Friedrich von Württemberg dachte eine Zeitlang an eine „komplette Neutralität sämtlicher deutschen Vorlande" unter dem Schutze Preußens. Sein Gesandter in Berlin, v. Mylius, wurde am 20. August beauftragt, dem preußischen Hofe vorzuschlagen, er solle zur Abwendung der Gefahren, die im Kriegsfalle dem schwäbischen Kreise drohten, die Neutralitätslinie über ganz Süddeutschland bis nach Tirol ausdehnen und seinen Einfluß in Paris und Wien dahin geltend machen, daß von beiden Kaiserhöfen diese Neutralität anerkannt werde. Das hätte bedeutet, den Kriegsschauplatz auf Italien beschränken. Zur Verhandlung mit Bayern, von dessen grade damals dem Abschlusse entgegen gehenden Verhandlungen mit Frankreich niemand eine

[1]) Thiard erzählt in seinen Souvenirs S. 121 f., er sei nach München gereist und habe dort am 31. August die neuen Instruktionen Talleyrands erhalten. Das ist ein Irrtum. Am 26. August schrieb er von Baden an Talleyrand (299), er werde, um seine Schritte zu maskieren, 3 Tage in Stuttgart bleiben und am 4. September in München eintreffen. Nach seinem amtlichen Schreiben an Talleyrand d. d. Baden 2. Sept. war er am 30. August in Stuttgart und teilte von hier aus den Empfang der Instruktion vom 31. mit, worauf er sofort nach Baden-Baden zurückreiste (306). Was er in den Souvenirs als persönliche Wahrnehmungen in München über Vorkehrungen zur Abreise des Kurfürsten nach Würzburg erzählt, berichtet er am 26. August von Baden aus an Talleyrand als von der Gräfin v. Leiningen empfangene Mitteilung aus München.

[2]) Vgl. Denkwürdigkeiten von Montgelas S. 96 f.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Ahnung hatte, wurde der Freiherr v. Normann nach München geschickt; nach Karlsruhe kam am 22. August der Geh. Rat v. Mandelslohe und konferierte tags darauf mit Edelsheim (295. 296). Er gewann aus seiner Unterredung mit diesem den Eindruck, daß sein Vorschlag günstige Aufnahme gefunden habe, und vermutete, daß Edelsheim ihn auch beim Kurfürsten mit Nachdruck unterstützen werde. Edelsheim glaubte, auf die Erklärungen des Berliner und Münchener Hofes warten zu sollen; erst dann werde man imstande sein die Wirkung abzuschätzen, die man sich von den vorgeschlagenen gemeinsamen Schritten versprechen könne. Er brachte auch schwerwiegende Bedenken vor: ob das französische Gouvernement nicht darüber eine starke Unzufriedenheit äußern werde, wenn man auf Unterhandlungen dieser Art eingehe, ohne die Gewißheit zu haben, daß das Tuilerienkabinett solche billige? Und ob man auf das Aushalten bei diesem Plan vonseiten des preußischen Hofes selbst in dem Falle zählen könne, wenn das Arrondissementsinteresse damit in Kollision komme? Wie gerechtfertigt die Bedenken Edelsheims waren, zeigte sich bald. Am 28. August lehnte Hardenberg den württembergischen Vorschlag ab, da auf eine Anerkennung einer bewaffneten Neutralität Süddeutschlands weder vonseiten Oesterreichs noch Frankreichs zu rechnen sei und Preußen sich „durch derlei Vorkehrungen" nicht kompromittieren wolle und einen allgemeinen Krieg für ganz Deutschland als Folge davon fürchtete. Und war doch Hardenberg gerade damals nahe daran, den Lockungen Napoleons zu folgen, der ihm als Preis eines Bündnisses die schöne Abrundung des preußischen Gebietes durch Hannover anbot. Doch von alledem wußte man in Baden ja nichts; die badische Regierung scheint bis in den Anfang September an der Hoffnung festgehalten zu haben, daß der württembergische Plan sich realisieren lasse. Nachdem Mandelslohe am 26. August den Kurfürsten selbst gesprochen hatte, dankte dieser dem Kurfürsten von Württemberg für die vertraulichen Eröffnungen und versprach, „nach der Lage der Umstände und Verhältnisse zu allem demjenigen mit Vergnügen mitzuwirken, was auf das Wohl und die Sicherheit ihrer beiden Staaten, dann des schwäbischen Kreises abzwecken könne" (298). An der Aufrichtigkeit seines Wunsches sich neutral zu verhalten kann nicht gezweifelt werden. Aber die Unmöglichkeit der Neutralität zeigte sich deutlich schon in den nächsten Tagen, als die französische Regierung mit bestimmten Forderungen an ihn herantrat.

Ist denn aber von oesterreichischer Seite nichts dergleichen geschehen?

Im Februar 1804, zur Zeit als zwischen dem oesterreichischen und dem russischen Hofe der erste Gedankenaustausch über ein etwaiges gemeinsames Vorgehen gegen Frankreich stattfand, hatte sich Kaiser Franz nicht abgeneigt gezeigt, den Breisgau und die Ortenau, deren Besitzer, der Herzog von Modena, seinen früheren italienischen Besitz wieder erhalten sollte, dem Kurfürsten von Baden zu überlassen, um diesen „für die gute Sache anzueifern".[1]) Man hoffte damals oesterreichischerseits auf den Anschluß Badens wie der andern süddeutschen Staaten an die Koalition gegen Frankreich. Oesterreich hat aber in der Folgezeit nichts getan, um Baden zu gewinnen. Daß seine Diplomatie es vermied, aus ihrer Reserve herauszugehen und der badischen Regierung Andeutungen über die geplanten Schritte zu machen und Anforderungen wegen eines Anschlusses an sie zu stellen, mag sich leicht aus der Befürchtung erklären lassen, daß das Geheimnis nicht genügend gewahrt werde und Frankreich irgendwie Kunde erhalten könne. So war denn

[1]) Depesche an Stadion vom 11. Februar 1804. Vgl. Beer, Oesterreich und Rußland in den Jahren 1804 und 1805. Archiv für oesterr. Gesch. 53, 144 u. 201.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

der oesterreichische Gesandte am badischen Hofe, Freiherr v. Schall, im wesentlichen darauf angewiesen, in Karlsruhe scharf die Augen aufzuhalten und was er von den dortigen Verhältnissen und Stimmungen und von den Bewegungen der französischen Truppen, den Anstalten in nahen festen Plätzen und einem allenfälligen Uebergang über den Rhein in Erfahrung bringe, nach Wien zu berichten (437). Seine Berichte sind sehr interessant; sie beweisen, daß Schall einen scharfen Blick besaß und daß sehr zuverlässige Quellen ihm zu Gebote standen. Ueber die politische Stellungnahme mancher Persönlichkeit, über die Stimmung am Hofe, im Volke und im Militär, über die traurige Finanzlage Badens geben sie uns sehr willkommene Details, die man in den offiziellen Aktenstücken der badischen Regierung vergebens suchen würde. Die Schritte der französischen Bevollmächtigten, von denen wir bald hören werden, sind seiner Aufmerksamkeit nicht entgangen; er ahnte ihre Aufgaben, wenn auch das geheimgehaltene Resultat ihrer Bemühungen ihm unbekannt bleiben mußte.

Dagegen gedachte Oesterreichs Bundesgenosse, Rußland, auf die Haltung Badens einzuwirken. Fürst Czartorisky sandte an den russischen Gesandten in Karlsruhe, Freiherrn v. Maltiz, folgenden Auftrag (292), datiert vom 15. August: Sobald das Gerücht vom Einmarsch einer russischen Armee in Galizien sich verbreite, solle er sich direkt an die Kurfürsten von Baden und Württemberg oder an zuverlässige, ihnen nahestehende Personen wenden und die beiden Fürsten auffordern, sich nicht den Räubereien auszusetzen, die ohne Zweifel die Truppen Napoleons verüben würden, und wenigstens ihre Person, ihre Wertsachen und die Verteidigungsmittel ihrer Staaten den Franzosen zu entziehen. Es würde vorteilhaft sein, wenn beide Kurfürsten ihre Truppen zurückziehen könnten, damit die Franzosen sie nicht zu Gefangenen machten und entwaffneten; wenn das aber unmöglich sei, solle Maltiz den Vorschlag machen, die beiden Kurfürsten sollten scheinbar ihre Truppen entlassen, im geheimen aber den Sold weiter zahlen, um sie wieder zu organisieren, sobald die Umstände es erlauben würden. Jedenfalls versichere sie der Kaiser seines größten Eifers, sich ihrer Interessen anzunehmen. Aber diese Weisungen, die den Umweg über die russische Botschaft in Wien nahmen, kamen zu spät nach Karlsruhe, als daß sie, selbst wenn ihr Inhalt für die badische Regierung verlockender gewesen wäre, hier noch etwas hätten erreichen können. Denn die französische Diplomatie war rascher als die der Gegner; wie nachher im Felde, so hat auch in den diplomatischen Vorbereitungen auf den Krieg Napoleon den Absichten der Feinde zuvorzukommen verstanden.

Es ist nicht meine Aufgabe, auf den Verlauf der Verhandlungen zwischen Frankreich und Bayern einzugehen, die ihren Abschluß in dem geheimen Offensiv- und Defensivvertrag vom 24. August fanden, durch den Bayern sich auf die Seite Frankreichs stellte und durch die Stellung eines Truppenkorps von 2000 Mann aktiven Anteil am Kriege gegen Oesterreich zu nehmen versprach. Die Geheimhaltung dieses Vertrags war ja bei der Lage Bayerns, das dem ersten Angriff vonseiten Oesterreichs ausgesetzt war, ganz natürlich und selbstverständlich, aber sie erschwerte den beiden andern süddeutschen Staaten ihre Entschließung bei den jetzt auch an sie ergehenden Anträgen Napoleons.

Am 18. August beauftragte Talleyrand (304) nach einer Weisung Napoleons vom 13. August[1]) den französischen Gesandten in Stuttgart, Didelot, an die Kurfürsten von Württemberg und Baden mündlich die Frage zu richten, wie sie sich zu stellen gedächten,

[1]) Correspondance de Napoléon. XI. S. 101. Nr. 9070.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

wenn der Kaiser angesichts der Rüstungen Oesterreichs sich gezwungen sehen würde, durch Deutschland gegen Oesterreich zu ziehen. Der Kaiser finde allerdings den Wunsch, sich neutral zu verhalten, natürlich; aber ein solcher Wunsch sei unerfüllbar; die Hoffnung auf Neutralität in einem Krieg zwischen Frankreich und Oesterreich sei eine Chimäre. Es bleibe ihnen nur die Wahl, welcher Partei sie folgen wollten; die richtige Wahl zu treffen sei Sache ihrer Klugheit. Der Weg, den sie einzuschlagen hätten, sei ihnen deutlich vorgezeichnet durch den Vergleich der oesterreichischen und der französischen Streitkräfte, durch die Lehren der zwei vorangegangenen Kriege und vor allem durch die wohlbekannten Dispositionen der beiden Mächte, da unzweifelhaft ein Erfolg Oesterreichs für seine Verbündeten selbst gefährlich werden würde, während Frankreich, das unabänderlich an die Rheingrenze gebunden sei, nicht nur die Unversehrheit der Staaten, die gemeinsame Sache mit ihm machten, garantieren, sondern auch die Früchte seiner Eroberungen ihnen zugutekommen lassen würde.

Am 27. August abends stellte Didelot beim Grafen Wintzingerode die Anfrage und verlangte eine baldige Beantwortung.[1]) Wintzingerode suchte Aufschub zu erlangen, weil der Kurfürst in so wichtiger Angelegenheit nicht ohne Vernehmung seines Geheimen Rates handeln würde, von dem zwei Mitglieder, v. Normann und v. Mandelslohe, abwesend seien. Man wartete eben auf den Erfolg der oben erwähnten Neutralitätsverhandlungen mit Preußen. Didelot aber drängte entschieden auf eine Antwort: er sei so instruiert, daß er sich auf die Erörterung einer Neutralität gar nicht einmal einlassen könne, sondern nur von zwei Meldungen eine nach Paris abgehen lassen könne, „nämlich Württemberg sei durch eine vorrückende französische Armee als Freund oder als Feind anzusehen und zu behandeln; das erste sei Alliirter und jede Modifikation unzulässig nach denen entschieden aufgestellten Grundsätzen des Kaysers der Franzosen"; eine Antwort des Kabinetts von Berlin abzuwarten, sei nicht möglich usw. Diesen verhüllten Drohungen fügte er Versprechungen hinzu: Oesterreichs schwäbische Besitzungen können den französischen Prinzipien nach nicht mehr geduldet werden; Frankreich erkenne an, daß ein Allianztraktat ganz zum Vorteil des schwäbischen Alliierten sein müsse; er sei ermächtigt, die Integrität Württembergs und Vorteile, welche der Krieg hervorbringen könnte, zu garantieren. Der kategorischen Forderung Didelots mußte Kurfürst Friedrich nachgeben; nach Anhörung des Geh. Rates schrieb er eine Erklärung nieder, die Wintzingerode am 30. abends Didelot vorlas: „Um seine Staaten vor dem unvermeidlichen Unheil zu bewahren, von denen sie im entgegengesetzten Falle bedroht seien, bleibe dem Kurfürsten nichts anderes übrig, als Didelot die eventuelle Versicherung zu geben, daß er im Kriegsfalle für den Kaiser der Franzosen sein werde, sobald er sich vor jeder überlegenen Streitmacht gedeckt und vor den Folgen gesichert sehen werde, die diese Erklärung ihm zuziehen könnte." Didelot war mit dieser Erklärung zufrieden und versprach vollständige Geheimhaltung derselben.

Am 31 August eilte er dann nach Karlsruhe; er war überzeugt, daß er dort sofort – er brauche daselbst nur Postpferde zu wechseln, sagte er – ebenfalls zum gewünschten Ziele gelangen werde. Noch an demselben Abend, gegen 9 Uhr, hatte er eine Unterredung mit dem Minister von Edelsheim, dem er nach Talleyrands Auftrag mündlich seine Eröffnungen

[1]) Ueber die Vorgänge in Stuttgart gibt das „Species facti, vom Grafen von Wintzingerode aufgesetzt wegen des Bündnisses mit Napoleon 1805" Auskunft, das v. Schloßberger veröffentlicht hat in der „Besonderen Beilage des Staatsanzeigers für Württemberg 1887" Nr. 18 S. 273 ff. u. 1888 S. 1 ff.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

machte. Doch gestattete er Edelsheim auf seine Bitte, die Hauptsätze, die den Gegenstand seiner Mission enthielten, aus Talleyrands Instruktion sich auszuziehen, um dem Kurfürsten möglichst genaue Mitteilung machen zu können. (304, 305.) Didelot verlangte dringend vom kurfürstlichen Kabinett eine sofortige klare und präzise Antwort und vertraute dem Minister unter dem Siegel der Verschwiegenheit an, daß Württemberg erklärt habe, zu Frankreich halten zu wollen und ohne Vorbehalt sich ihm anzuschließen. Er wünschte den Kurfürsten schon am 2. September — der 1. war ein Sonntag — in Baden-Baden zu sprechen, um seine definitive Entscheidung zu vernehmen, die, wie er glaubte, nur in einer Zustimmung bestehen könnte, „in einer Fensternische, mit nur zwei Worten, ohne daß es einer auffälligen Audienz bedürfe".

Seine Hoffnung, bei Edelsheim leichtes Spiel zu haben, erfüllte sich nicht, obgleich er sich alle Mühe gab, ihm die Vorteile zu zeigen, die der badische Hof von einer raschen Entscheidung im Sinne der französischen Forderung haben werde. Edelsheim stellte ihm nur die gewünschte Unterredung mit dem Kurfürsten für den 2. September in Aussicht, in der er die Antwort auf seine Anfrage erhalten würde. Der badische Minister war nicht gesonnen, ein Eingehen auf die Forderung Didelots zu befürworten; er traute wohl seiner Versicherung über den Entschluß des Stuttgarter Hofes nicht und hoffte immer noch auf einen Erfolg der Verhandlungen mit Preußen. Er gedachte mit Hinweisung auf die ungenügenden finanziellen und militärischen Kräfte des Landes, die gebieterisch eine vollständige Neutralität Badens verlangten, dem Begehren Didelots ausweichen zu können (309). Aber ehe noch die in Aussicht gestellte Unterredung Didelots mit dem Kurfürsten stattfand, trat ein Ereignis ein, das Karl Friedrich und seine Ratgeber in die schwerste Verlegenheit brachte und sie schließlich zu einem Entschlusse gegen ihren Willen und ihre Neigung zwang.

Napoleons Anschauungen über die von Baden zu fordernde Haltung im Falle eines Krieges, wie sie in der Instruktion für Didelot vom 18. August zutage getreten waren, hatten sich inzwischen geändert. Seit dem 23. August eifrig beschäftigt, die Anordnungen für den Aufmarsch seiner Armeekorps am Rhein zu treffen, hatte er zu der Erkenntnis kommen müssen, welche Wichtigkeit ein sofortiger enger Anschluß Badens an Frankreich bei seiner geographischen Lage für den raschen Erfolg der ersten Operationen nach dem Rheinübergange haben mußte. Aber in tiefstes Geheimnis mußten die Verhandlungen, die zu dieser Verbindung führen sollten, gehüllt werden, wenn sie anders ihren Zweck nicht verfehlen und nicht die Oesterreicher nur zu rascherem Vorgehen veranlassen sollten. Wiederum fiel Napoleons Wahl auf Thiard, den er eben erst in Baden angekommen glaubte, und dessen Bericht vom 26. über seinen Erfolg in der früher besprochenen Heiratsangelegenheit noch nicht in Talleyrands Händen war, als dieser auf Napoleons Weisung[1]) am 27. eine neue Instruktion an Thiard abgehen ließ (309). Letzterer war aber von Baden-Baden schon wieder abgereist, um über Stuttgart nach München zu gehen und dort für die Durchführung des Heiratsprojektes weiter zu arbeiten. In Stuttgart erhielt er am 31. August Talleyrands neue Instruktion. Ihr Inhalt war folgender:

Der voraussichtlich zwischen Frankreich und Oesterreich ausbrechende Krieg bedroht auch alle die Staaten, die sich unter den Schutz Frankreichs gestellt und diesem ihre Sicherheit, ihre Vergrößerung und einen höheren Rang in der politischen Hierarchie Deutschlands zu verdanken haben. Kein Staat aber verdankt dem Wohlwollen des französischen

[1]) vom 25. August. Corresp. de Napoléon. XI. S. 162 Nr. 9131.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Kaisers mehr als Baden. Der Kurfürst von Baden ist also am meisten an dem Ausgange eines Krieges interessiert, den Frankreich gegen die Macht führt, die in den letzten Verhandlungen sich am heftigsten der gegenwärtigen Organisation des Deutschen Reichs widersetzt hat. Der Kaiser kommt darum den Bedürfnissen und, wie Talleyrand glaubt, auch den Wünschen des Kurfürsten entgegen, indem er ihm ein Defensivbündnis zwischen Frankreich und Baden vorschlägt, dessen Entwurf Talleyrand an Thiard mitsendet. Für die Annahme dieses Bündnisses durch Baden sprechen mancherlei Gründe: die gegenwärtige Lage Badens, die Notwendigkeit einer engen Verbindung zwischen Frankreich und Baden, um die Sicherheit, den Frieden und das Gedeihen des letzteren zu fördern, endlich die Animosität, die das Wiener Kabinett gegen alle die Fürsten empfindet, denen es gelungen ist, sich seiner intoleranten und launischen Autorität zu entziehen, indem sie den Schutz und die Intervention Frankreichs anriefen. Der Kaiser bietet dem Kurfürsten gegen Stellung von 3000 Mann Garantie seines gegenwärtigen Besitzstandes und eine Vergrößerung seines Gebietes im künftigen Frieden an. Da Thiard bis jetzt ohne offiziellen Charakter am badischen Hofe war, also nicht direkt mit dem Ministerium sich in Beziehung setzen konnte, so sollte er sich an den Markgrafen Ludwig wenden, von dessen Einfluß eine Unterstützung des gewünschten Uebereinkommens zu erwarten sei. Unter den gegebenen Verhältnissen war die höchste Eile nötig; auf nebensächliche Verhandlungen durfte Thiard sich nicht einlassen.

Am 31. August, wie oben bemerkt, erhielt Thiard in Stuttgart diese Weisung Talleyrands (306), also an demselben Tage, an dem morgens Didelot nach Karlsruhe abgereist war, in einer höchst wichtigen diplomatischen Mission, wie er tags zuvor Thiard anvertraut hatte. Thiard reiste sofort ab, direkt nach Baden-Baden, ohne Karlsruhe zu berühren, um womöglich Didelot zuvorzukommen. Er kam am 1. September dort an, unmittelbar nachdem der Kurfürst ein Schreiben Edelsheims mit der Mitteilung von Didelots Forderung und seiner Bitte um eine Audienz erhalten hatte. Er sprach an diesem Tage nur den Markgrafen Ludwig, an den er ja besonders gewiesen war. Der Markgraf erkannte sofort, daß die Instruktion Thiards neueren Datums war als die Didelots, daß man also mit ersterem zu verhandeln habe. Der Kurfürst, durch den Markgrafen von Thiards Ankunft und Auftrag in Kenntnis gesetzt, geriet in Bestürzung; er wußte nicht, wie er sich zwischen den zwei Unterhändlern verhalten sollte. Da Thiard eine Mitteilung seines Auftrags an Didelot nicht zugeben konnte, so riet er selbst dazu, sich Didelots in der Weise zu entledigen, daß man ihm in der tags darauf, am 2. September, stattfindenden Audienz erklärte, der Kurfürst werde mit dem Kaiser in direkte Korrespondenz treten (329). Aus den Unterredungen mit dem Markgrafen gewann Thiard den Eindruck, daß dieser dem Kaiser ganz ergeben sei. Aber er erhob einen Einwand, dessen Gewicht auch Thiard anerkennen mußte: den vollständigen Geldmangel. Obwohl er andere Bedenken gegen das vorgeschlagene Bündnis nicht vorzubringen hatte, weigerte er sich doch, allein die Vermittelung zu übernehmen, da man sonst sicherlich sagen werde, er habe aus Verlangen, am Kriege teilzunehmen, den Kurfürsten zu diesem Schritte überredet. Er verlangte, das Ministerium sollte unterrichtet werden. Uebrigens hatte der Kurfürst schon von sich aus Edelsheim von der Sachlage in Kenntnis gesetzt, und dieser eilte am Morgen des 2. September zu Thiard und kündigte ihm an, der Kurfürst wolle bei der Wichtigkeit der Sache auch den Rat Reitzensteins[1]) und Dalbergs hören.

[1]) Nachdem Reitzenstein im Juni 1803 aus Gesundheitsrücksichten seinen Abschied als badischer Gesandter in Paris genommen hatte, hatte er einige Zeit im südlichen Frankreich zugebracht, war im September 1804 zurückgekehrt und lebte in Heidelberg ohne amtliche Eigenschaft, wurde aber wiederholt in wichtigen Angelegenheiten zu Rate gezogen.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Am Mittag fand die Audienz Didelots beim Kurfürsten statt (307), in der dieser auf Thiards Rat erklärte, er wolle in dieser für sein Land und seine Familie so wichtigen Angelegenheit direkt mit dem Kaiser verhandeln. Didelot sah in dieser Antwort nur eine Ausflucht; bei der Kürze der Zeit, da in acht Tagen schon die französischen Truppen am Rhein stehen könnten, müsse die Entscheidung schnell gefällt werden. Er wies auf den Stuttgarter Hof hin, der, obwohl bisher von Frankreich weniger gut behandelt als der badische, doch fast ohne Zögern sein Geschick mit dem des Kaisers verknüpft habe. Aber alle seine Bemühungen blieben ohne Erfolg; nach einer neuen vergeblichen Unterredung mit Edelsheim am Morgen des 3. September reiste er nach Stuttgart zurück. Für Thiard war sonach das Feld frei, und er verfehlte nicht, jetzt energisch vorzugehen. Die Zurückhaltung, die Edelsheim in seiner Unterredung mit ihm gezeigt hatte, erklärte er sich durch die Annahme, daß man auf die Antwort Preußens warte (306). Denn Thiard hatte von der Freifrau v. Venningen, geb. v. Dalberg, die Edelsheims Vertrauen genoß, erfahren, daß die Höfe von München, Stuttgart und Karlsruhe sich an Preußen gewandt hätten mit dem Ansuchen, die Neutralitätslinie über Süddeutschland bis nach Tirol auszudehnen.[1]) Um sich von der Wahrheit dieses Berichtes zu überzeugen, hatte er dem Markgrafen gesagt, er sei in Stuttgart über alles informiert worden, und der Markgraf gestand ihm bestürzt zu, die Sache sei richtig und man stehe mit Stuttgart darüber in Korrespondenz. Um eine weitere Verzögerung unmöglich zu machen, erklärte Thiard dem Markgrafen, er verlange bis spätestens den 4. eine Erklärung. Am 3. übersandte er dem Kurfürsten auf dessen Bitte eine Note (312), die seine Forderungen enthielt und der Besprechung im Ministerrate zugrunde gelegt werden sollte. Ihr Inhalt entsprach der oben mitgeteilten Instruktion Talleyrands. Sie deutete auf die Pflicht der Dankbarkeit für die von Frankreich erfahrenen guten Dienste, auf das Interesse Badens, das durch einen Sieg Oesterreichs nur geschädigt werden würde, da die mildeste Folge eines solchen der Verlust der früher erlangten Vorteile sein würde. Einer Neutralität Badens könne Napoleon nicht zustimmen; sie wäre auch illusorisch, da sie von Oesterreich nicht beachtet würde, dessen Heere in den früheren Kriegen selbst in dem verbündeten Lande so schlimm gehaust hätten. Eine Defensivallianz mit Frankreich sei das einzige Mittel, den Kurfürsten vor den von Oesterreich drohenden Gefahren zu erretten und andererseits ihn an den Vorteilen eines Sieges Frankreichs teilnehmen zu lassen. Die von Frankreich gestellten Bedingungen werden kurz aufgezählt: Für die Garantie der Integrität und Unabhängigkeit seines Besitzes und eine Vergrößerung im zukünftigen Friedensschluß verlange Napoleon nur den Anschluß eines Truppenkorps an die französischen Heere, sobald sie die Grenze überschritten hätten, das Verbot jedes Verkaufs von Pferden, Waffen und Lebensmitteln zu Gunsten der Feinde und strenge Ausführung der Bestimmungen betreffs der Emigranten. Der Vertrag sollte geheim gehalten werden.

Trotz des Tones der Höflichkeit, den Thiard in dieser Note wahrte und durch den er sich von Didelot vorteilhaft unterschied, konnten doch die versteckten Drohungen in der Note niemand entgehen.

Außer Edelsheim wollte der Kurfürst, wie oben gesagt, Dalberg und Reitzenstein zu den Beratungen zugezogen sehen. Aber ersterer wurde durch eine Erkrankung seines Vaters in Mannheim zurückgehalten und hat deshalb an den Verhandlungen keinen Anteil

[1]) Dieser Bericht Thiards an Talleyrand widerlegt also seine Erzählung in den Souvenirs S. 127, daß die Anregung zu den Neutralitätsverhandlungen mit den süddeutschen Höfen vom Berliner Kabinett ausgegangen sei.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

genommen; er hat auch von dem Resultate keine Kenntnis erhalten.[1]) Reitzenstein traf am 3. September abends in Baden-Baden ein und wurde vom Kurfürsten sogleich in die Lage der Dinge eingeweiht. Er las aufmerksam den vorgelegten Vertragsentwurf. Die Forderung, die badischen Truppen mit den französischen zu vereinen, sobald diese die Grenze überschritten hätten, also aktiven Anteil an einem Angriffskrieg zu nehmen und tatsächlich an Oesterreich den Krieg zu erklären, vielleicht auch an Rußland, von denen das eine das Haupt des Reiches, das andere durch Bande des Blutes eng mit dem badischen Fürstenhaus verbunden war, schien ihm schwere Gefahren für Baden zu enthalten. Eine solche Forderung war unvereinbar mit der Idee eines Defensivvertrags, wie Talleyrand es zu nennen beliebte. Er fürchtete schlimme Folgen. Unterlag Frankreich, so drohte die Rache Oesterreichs; er dachte an die oesterreichische Invasion in Bayern 1705 und 1743. Im andern Falle sah er für die badischen Truppen entweder eine wenig ehrenvolle Verwendung — wie das später auch eintrat — oder schwere das Volk, erbitternde Verluste an Menschenleben voraus. Die Versprechungen Frankreichs lockten ihn nicht: man werde doch immer erlangen, was dem Hause Baden zuzugestehen das eigene Interesse Frankreichs verlange.

Der Kurfürst stimmte diesen Bedenken, die Edelsheim fast Wort für Wort ihm vorgetragen habe, vollständig bei. Er hatte nur den Wunsch, sich und seinem Lande die Neutralität zu erhalten; er verzichtete gern auf Gebietsvergrößerungen, die um den Preis des Blutes auch nur eines einzigen seiner Untertanen erkauft werden mußten. Aber beide Franzosen, Didelot sogut wie Thiard, hatten erklärt, Napoleon werde eine Neutralität in keinem Falle anerkennen. Sein gewalttätiger und rachsüchtiger Charakter, seine geringe Achtung vor dem Völkerrechte waren ja bekannt genug. So blieb nur übrig, ernstlich zu erwägen, ob eine feindliche Behandlung durch die Oesterreicher oder durch die Franzosen mehr Gefahren für das Land bringen werde. Reitzenstein zog sich dann zurück, um über den zu fassenden Beschluß reiflich nachzudenken.

Die für den folgenden Tag, den 4. September, angesetzte Beratung konnte nicht stattfinden, da Reitzenstein krank zu Bette bleiben mußte. Inzwischen hatte Edelsheim Schritte getan, um sich über die Absichten Württembergs zu vergewissern. Der Behauptung Didelots betreffend den Anschluß Württembergs an Frankreich mißtrauend, hatte er am 2. September Mandelslohe dringend um schleunige Mitteilung gebeten, ob wirklich, wie man ihm versichert habe, der Kurfürst von Württemberg die Forderung Didelots angenommen habe. Er hatte dann tagsdarauf in Durlach eine Besprechung mit Graf Wintzingerode und erfuhr von diesem, daß der Kurfürst auf das Drängen Didelots die Erklärung abgegeben hatte, die wir oben kennen gelernt haben. Mit dieser Nachricht kehrte Edelsheim am 4. nach Baden-Baden zurück. Die Erklärung des Kurfürsten von Württemberg ließ die Vermutung begründet erscheinen, daß einem weiteren Drängen und der ausdrücklichen Forderung auf Anschluß eines württembergischen Truppenkorps an die französische Armee kein Widerstand entgegengesetzt werden könne. Um die Verlegenheit noch zu vermehren, teilte Thiard am folgenden Tage, am 5. September, dem Minister mit, daß in der Nacht ein außerordentlicher Kurier vom Kaiser aus Boulogne gekommen sei und ihm mit der formellen Vollmacht, die bisher noch ausgestanden, eine vollständige Ausfertigung des Vertrags überbracht habe, der nach den Instruktionen des Kaisers ohne eine Einschränkung oder Hinzufügung oder irgendwelche Abänderung abgeschlossen werden müsse.

[1]) Das folgende nach Aufzeichnungen Reitzensteins (329) und Edelsheims (330).

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Die fünf Artikel dieses Vertrages bestimmten: 1. Napoleon garantiert dem Kurfürsten die Unabhängigkeit und Integrität seiner Staaten nach dem Stande von 1803. 2. Der Kurfürst verspricht, ein Korps von 3000 Mann zu dem französischen Heere stoßen zu lassen, sobald dieses die Grenze Frankreichs überschritten habe und in Deutschland eingedrungen sei. 3. Er verpflichtet sich, im ganzen Umfang seiner Staaten den Ankauf von Pferden, Waffen, Lebensmitteln usw. auf Rechnung der Feinde Frankreichs streng zu verbieten. 4. Napoleon verspricht, Baden in alle Friedensverträge, die er schließen werde, einzuschließen und ihm eine Gebietsvergrößerung zu sichern, proportional den Vorteilen, die aus dem Kriege hervorgehen können. 5. Die Bestimmungen und Verbote betr. der Emigranten im Kurfürstentum Baden sollen streng ausgeführt werden, der Kurfürst verpflichtet sich, alle notwendigen Maßregeln zu ergreifen, um zu verhindern, daß ein Emigrant in seine Staaten eindringe und sich dort aufhalte. Der Vertrag sollte geheim gehalten werden, der Austausch der Ratifikationen innerhalb 30 Tagen nach seiner Unterzeichnung stattfinden.

In einer daraufhin stattfindenden Besprechung Edelsheims mit Thiard erklärte dieser dem Minister, er werde seinen Kurier nicht länger mehr als 24 Stunden zurückhalten; wenn man Schwierigkeiten mache, den Vertrag so, wie er vorgeschlagen wurde, abzuschließen, habe er den Auftrag sich zurückzuziehen und sich vorläufig nach Straßburg zu begeben, von wo aus dann sogleich nach der Ankunft der französischen Armee die Frage gestellt werden würde, ob man sie als Freund oder als Feind aufnehmen wolle. Auf Edelsheims Bemerkung, eine französische Armee werde immer als Freund aufgenommen werden, erwiderte Thiard, unter einem Freunde verstehe man einen Verbündeten, und die Frage, die man stellen werde, sei die, ob man sich mit der französischen Armee verbünden wolle, indem man die badischen Truppen zu ihnen stoßen lasse, oder ob man es vorziehe, daß die französische Armee das Land als feindliches behandle. Zu ersterem Entschlusse werde man in jedem Falle sich gezwungen sehen; es bleibe nur die Wahl übrig, ob man sofort und mit den durch den Vertrag gebotenen Vorteilen das tun wolle, was man später ohne diese doch werde tun müssen. Der Kaiser habe es vorgezogen, auf eine freundliche Weise zu bitten; aber man müsse doch den Charakter Napoleons kennen und wissen, daß er nicht gewohnt sei, von dem abzustehen, was er einmal sich vorgenommen habe.

So mußte man denn im Laufe dieses Tages noch zu einem Entschlusse kommen. Reitzenstein schlug wohl als Auskunftsmittel vor, von den drei Forderungen Napoleons die beiden letzten als wohlvereinbar mit den Pflichten einer vollkommenen Neutralität anzunehmen, bezüglich der Forderung der Truppenstellung aber angesichts der Schwierigkeit der Ausführung und der möglichen schlimmen Folgen bei Napoleon persönliche Vorstellungen machen zu lassen. Er schlug zu dieser Sendung den Kurprinzen vor, der zuvor nach Stuttgart und Berlin gehen sollte. Er dachte also immer noch daran, in weiterer Verfolgung des von Stuttgart aus angeregten Gedankens in einer Neutralität unter Preußens Schutz einen Rückhalt zu suchen. Aber seinem Vorschlage wurde entgegengehalten, der Kurprinz sei russischer General und Inhaber eines russischen Regimentes; der Kaiser könne das vielleicht zum Vorwand nehmen, um den Prinzen zurückzuhalten, wenn er ohne den unterzeichneten Vertrag komme. Auch waren die Instruktionen Thiards, die dieser dem Markgrafen Ludwig mitgeteilt hatte, derart, daß man sich nicht mit der Hoffnung schmeicheln konnte, die geringste Modifikation zu erlangen. Es wurde auch daran gedacht, einen kurzen Aufschub von 48 Stunden auszuwirken, um in der Zwischenzeit mit dem Stuttgarter Hof sich ins Einvernehmen zu setzen. Denn einige direkte Bemerkungen Thiards mußten so gedeutet

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

werden, als habe Didelot in Stuttgart dieselbe Forderung auf Stellung eines Hülfskorps ausgesprochen. Aber Markgraf Ludwig und Edelsheim waren überzeugt, daß Thiard auf diesen Aufschub nicht eingehen und seine Drohung einer sofortigen Abreise wahr machen werde, wenn er nicht bis zum Abend eine bestimmte Antwort erhalte.

Damit war jeder Mittelweg ausgeschlossen; es blieb nur noch die eine Wahl: Bündnis oder Krieg mit Frankreich. Reitzenstein erklärte, nach seinem persönlichen Empfinden sei er eher für letzteren Entschluß. Der Kurfürst solle das Bündnis schlankweg ablehnen, auf der Stelle nach Ansbach oder Berlin gehen, den Schutz Rußlands und Preußens anrufen und das Geschick des Landes der Zukunft überlassen. Der französische Kaiser werde sich doch vielleicht scheuen, seinen Ruf durch einen unerhörten Akt der Barbarei und des Despotismus zu schänden. Doch mußte Reitzenstein gewissenhaft hinzusetzen, er gebe damit nicht einen direkten Rat, sondern bezeichne damit nur den Entschluß, den er vielleicht fassen würde, wenn er sich selbst zu entschließen hätte. Es wurde ihm bemerkt, es handle sich vor allem darum, ob die Pflicht des Landesherrn, für das Wohl des Landes zu sorgen, einen solchen Entschluß zulasse, dessen unmittelbare Folge die Verwüstung des Kurfürstentums sein könne, wie es eine solche schon in den Kriegen Ludwigs XIV. erlebt habe. Man konnte sich nicht verbergen, daß die Gefahr vonseiten der Franzosen eine viel drohendere sei als vonseiten der Oesterreicher. Es gab kein Mittel, das Land vor der Rache Napoleons zu schützen; es war dagegen viel wahrscheinlicher, daß es gegen Verwüstung vonseiten der Oesterreicher geschützt werden könne, denn dazu brauchte die französische Armee nur in der Lage zu sein, sich jenseits der Schwarzwaldpässe zu behaupten, während man für den andern Fall voraussetzen mußte, daß ein oesterreichisches Heer in das Elsaß eindringe oder wenigstens die Rheinufer besetze, was ganz unwahrscheinlich war.

Reitzenstein konnte ebensowenig wie die andern Mitglieder des Konseils sich dem Gewicht dieser Gründe verschließen. Zu seinem größten Schmerz sah sich so der Kurfürst gezwungen, zwischen zwei Uebeln das kleinere zu wählen und die Gefahr zu entfernen, die man als die furchtbarste betrachten mußte. Er befahl Edelsheim, noch an demselben Tage Thiard zu erklären, der vorgeschlagene Vertrag werde angenommen und unterzeichnet werden; doch solle zuvor dem Kurfürsten ein an die französische Regierung zu richtendes Memoire vorgelegt werden, das die Unmöglichkeit, bei dem gegenwärtigen Stand der kurfürstlichen Finanzen die in dem Vertrag erzwungene Verpflichtung zu erfüllen, und einige besondere Wünsche darlegte. Dieses Memoire sollte badischerseits als integrierender Bestandteil des Vertrags betrachtet werden. Daraufhin schob Thiard die Abreise seines Kuriers bis zum folgenden Abend auf, erklärte aber, nach seiner Instruktion nicht in der Lage zu sein, das Memoire in den Vertrag aufzunehmen, Doch verpflichtete er sich, nach Unterzeichnung des Vertrags es an Talleyrand zu übermitteln mit der Bitte, es Napoleon vorzulegen. Man mußte nachgeben; die Unterzeichnung des Vertrags erfolgte vor der Uebergabe des Memoires. Der Vertrag trägt das Datum des 5. September (315); doch fand nach den Aufzeichnungen Reitzensteins der Austausch der Vollmachten Thiards und Edelsheims und die Unterzeichnung durch diese beiden erst am 6. September statt. Zwei Stunden später, am Abend des 6., übersandte Edelsheim an Thiard das Memoire, das von dem Geh. Referendär Wielandt entworfen, mit Zusätzen und Korrekturen Edelsheims und Reitzensteins versehen, dem Kurfürsten am Morgen vorgelegt und dann nach dessen eigenen Anweisungen abgeändert worden war (316). Inhaltlich beruhte es in seinem ersten

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Teile auf den schon einige Tage vorher von Edelsheim schriftlich fixierten Gedanken, mit denen er Didelots und dann Thiards Forderungen hatte entgegentreten wollen. Es betonte die geringe Zahl der badischen Truppen, die eben nur für die Repräsentation des Fürsten und die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Lande genügten, und die Zerrüttung der badischen Finanzen, die es dem Kurfürsten schwer oder vielmehr unmöglich machten, sein Truppenkorps auf den Kriegsfuß zu stellen und zu erhalten und so den Verpflichtungen des Bündnisvertrages nachzukommen. Seine Bewunderung für den Kaiser, seine Dankbarkeit für die von ihm erfahrenen Wohltaten und die Rücksicht auf das Wohl seines Landes führten ihn selbstverständlich auf die Seite Frankreichs; aber er habe sich mit der Hoffnung schmeicheln zu können geglaubt, daß eine Neutralität Badens wie im letzten Krieg auch diesmal den Beifall Napoleons finden werde. In der Zwangslage, in die er sich versetzt gesehen habe, habe er befohlen, den vorgelegten Vertrag zu unterschreiben dessen zweiter Artikel ihn aber veranlasse, einige Wünsche zu äußern. Der Vertrag verlange den Anschluß des badischen Korps, sobald die französischen Truppen die Grenzen Frankreichs, d. h. den Rhein überschritten hätten. Der Kurfürst wünschte den Zeitpunkt so festgesetzt zu sehen: wenn eine französische Armee, an Stärke den gegenüberstehenden feindlichen Streitkräften entsprechend, so weit vorgedrungen sein würde, daß die obere Herrschaft des Kurfürstentums durch sie vor dem Angriff der Oesterreicher vollständig gesichert sein würde. Die übrigen Wünsche betrafen die Wahrung einer möglichst großen Selbständigkeit des badischen Kontingents in Führung, Verwaltung und Jurisdiktion; die fünf badischen Bataillone sollten nicht von einander getrennt werden. Außerdem suchte der Kurfürst zu seiner eigenen Entlastung die Sorge für den Unterhalt, Transport, Krankenpflege usw. möglichst der französischen Oberleitung zuzuschieben. Diese in neun Artikeln präzisierten Wünsche könnten, so meinte er, den Inhalt eines ergänzenden Vertrages bilden.

Das Memoire wurde gleichzeitig mit dem Vertrag durch einen Kurier Thiards befördert, der am 7. morgens nach Paris abging. Die Nacht vom 6. auf den 7. brachte man in Baden-Baden in großer Unruhe zu, denn man hatte gefürchtet, Thiard werde das Memoire nicht annehmen, da er vorher erklärt hatte, er werde keine Schrift annehmen, in der das Wort Neutralität vorkomme. Man wurde aber durch Thiard selbst darüber beruhigt, der versicherte, es nicht nur an seine Regierung abgesandt zu haben, sondern auch es in seinen Depeschen unterstützen zu wollen, da er von der Richtigkeit der darin vorgebrachten Bedenken überzeugt sei.

Wie oben bemerkt, hatten vor Abschluß des Vertrags vom 5. September Aeußerungen Thiards bei den badischen Staatsmännern den Eindruck erweckt, als habe Didelot in Stuttgart ebenfalls die Stellung eines Truppenkorps und den Abschluß eines Bündnisvertrags verlangt. In dieser Annahme hatte Edelsheim noch am 5. an Wintzingerode geschrieben, hatte in vorsichtig andeutenden Worten von den weitgehenden Forderungen gesprochen, die wohl auch an Württemberg gestellt würden oder schon gestellt seien, und Wintzingerode im Vertrauen mitgeteilt, daß Baden infolge der Gefahren seiner Lage sich den Forderungen Frankreichs wohl nicht werde entziehen können (319). Er bat den württembergischen Minister zugleich um Mitteilung, ob in der Tat Didelot solche Forderungen gestellt habe und ob der Kurfürst sich darauf einlassen werde. Wintzingerode, der die Andeutungen nicht verstehen konnte, schickte darauf den Regierungsrat Wucherer zu einer Besprechung mit Edelsheim nach Karlsruhe (7. September), und aus dessen Mitteilungen ersah der badische Minister, daß er von Thiard getäuscht worden war. An die württembergische Regierung war noch keine

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

weitere Forderung gestellt worden, die über die ursprüngliche Anfrage Didelots hinausgegangen wäre. Man bereute es jetzt, nicht jede offizielle Erklärung Thiard gegenüber so lange zurückgehalten zu haben, bis man sich mit dem Stuttgarter Hofe über gemeinsame Maßregeln ins Einvernehmen gesetzt hatte. Eine weitere unangenehme Folge war, daß die bisherige Offenheit in dem Verkehr mit Stuttgart nicht mehr möglich war und die badische Regierung stets fürchten mußte, sich dem Vorwurfe ausgesetzt zu sehen, als habe sie sich zweideutig benommen. Man mußte jetzt erst recht alle nur möglichen Vorkehrungen treffen, um über das, was man tun zu müssen geglaubt hatte, einen undurchdringlichen Schleier des Geheimnisses zu breiten. Auf Bitten des Markgrafen Ludwig versprach denn auch Thiard, daß der Vertrag vor Bayern und Württemberg streng geheim gehalten werde.

An demselben 5. September, an dem durch den Geheimvertrag die enge Verbindung Frankreichs und Badens für den bevorstehenden Krieg besiegelt wurde, machte in Wien der russische Gesandte Rasumowsky dem badischen, v. Gemmingen, Mitteilung von der oben erwähnten Depesche Czartoriskys. Auf seinen Vorschlag beförderte Gemmingen selbst am 7. die Depesche an Maltiz nach Karlsruhe, „damit die Ankunft eines russischen Kuriers kein dort vielleicht nachteiliges Aufsehen erregte". Maltiz eröffnete Edelsheim in einer Note vom 13. September die Vorschläge seiner Regierung. Dieselbe Mitteilung erfolgte natürlich auch in Stuttgart. Auch hier, wo man Frankreich gegenüber doch nicht so gebunden war, wie in Baden, fanden die russischen Vorschläge keine gute Aufnahme. Die ablehnende Antwort auf die russische Note wurde dem badischen Hofe vertraulich mitgeteilt, und Edelsheim schrieb im gleichen Sinne an Maltiz. In dieser Abweisung des russischen Vorschlags handelten die württembergische und badische Regierung demnach wieder in vollem Einverständnis miteinander, ja es scheint sogar, daß während dieser Verhandlung Edelsheim dem württembergischen Generalmajor v. Geismar vertrauliche Mitteilung von dem Abschluß des Bündnisses mit Frankreich gemacht habe (343).

II.

Unterdessen hatte Napoleon seit dem 23. August seine Vorbereitungen getroffen, um seine Armeekorps nach dem künftigen Kriegsschauplatz zu dirigieren. Bernadotte sollte von Hannover aus nach dem Main und nach Franken gehen, Marmont sein Korps aus dem Lager von Lüttich nach Mainz führen, die übrigen bis dahin im Lager von Boulogne vereinigten Truppen weiter aufwärts am Rhein sich sammeln: Davoust bei Mannheim, Soult bei Landau, Ney im Unterelsaß, Lannes bei Straßburg, wo sich auch die Reservekavallerie unter Murat sammelte. Alle diese Bewegungen wurden nach dem bis ins kleinste detaillierten Plan Napoleons mit solcher Genauigkeit und Pünklichkeit ausgeführt, daß in wenigen Wochen, bis kurz nach dem 20. September, alle Korps ihre Stellungen eingenommen hatten, ohne daß der Gegner eine Ahnung davon hatte. Am 8. September hatten die Oesterreicher durch die Ueberschreitung des Inn und den Einmarsch in Bayern tatsächlich den Krieg eröffnet. Damit nahte auch der Augenblick, wo der Kurfürst von Baden genötigt war, seinen Vertragspflichten gegenüber Frankreich nachzukommen.

Napoleon ließ am 15. September durch Talleyrand Thiard seine volle Befriedigung über den Abschluß des Vertrags vom 5. September aussprechen. Er wünschte eine möglichst baldige Ratifikation und erklärte sich damit einverstanden, daß die in dem beigegebenen Memoire ausgedrückten Wünsche des Kurfürsten durch Frankreich ausgeführt würden, wie wenn sie in den Text des Vertrags inseriert wären. Der badische Bevollmächtigte, Edelsheim,

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

erhielt als Geschenk eine Dose, und Thiard wurde autorisiert, ein etwaiges Gegengeschenk anzunehmen (333). An demselben Tage erging aber auch an ihn die Weisung (332), auf eine Beschleunigung der Vorbereitungen zur Erfüllung des Vertrags zu dringen. Die 3000 Mann kurfürstlicher Truppen sollten möglichst bald bereit sein und Markgraf Ludwig ihr Kommando erhalten. Baden sollte 100 vierspännige Fuhren zum Transport von Munition und Lebensmitteln stellen, die Vergütung dafür, im Betrag von höchstens 200 000 Francs, in Straßburg sogleich ausbezahlt werden. Murat, der in Straßburg kommandierte, aber noch keine feindliche Bewegung machen sollte, bis die französischen Armeekorps heran wären, was kurz nach dem 21. September erwartet wurde, erhielt Ordre, trotzdem, auf ein bloßes Billet des Kurfürsten hin, genügende Streitkräfte über den Rhein zu schicken, um den Kurfürsten im Notfall zu schützen. Thiard sollte sich durch Vermittlung des Markgrafen Ludwig Leute verschaffen, die mit den Pässen des Schwarzwaldes und allen Positionen zwischen Mannheim und der Donau bekannt wären, und sie nach Straßburg schicken, außerdem Spezialkarten, deren es sehr schöne im Kataster in Mannheim gebe. In den schmeichelhaftesten Worten, die von Versicherungen des Wohlwollens seines kaiserlichen Herrn für das badische Herrscherhaus und Land überflossen, teilte dann Thiard dem badischen Minister die Annahme der Nachtragsartikel durch Napoleon mit und bat um baldige Ratifikation des Vertrags — sie erfolgte noch am selben Tage, den 19. September — und um Erlaß der nötigen Anordnungen, damit das badische Hülfskorps „zur bestimmten Zeit imstande sei, den Bewegungen der französischen Armee zu folgen und ihre Mühen zu teilen“ (339).

Das war aber leichter gesagt als getan. Dem scharfblickenden Franzosen entgingen die Schwierigkeiten nicht, die sich der Erfüllung des Wunsches Napoleons entgegen stellten. Er kannte die finanziellen Nöte, in denen die badische Regierung sich befand. „Sie hat keinen Sou, überall verhandelt sie wegen Anlehen, ohne sie ausführen zu können. Ich weiß wirklich nicht, wie sie es anfangen wird, diese 3000 Mann ins Feld zu stellen“ (340). Eine anderweitige Bestätigung dieser Finanznot aus denselben Tagen liefert ein Bericht des oesterreichischen Gesandten v. Schall an seine Regierung (440): Vor einigen Tagen schickte das Generalzahlamt die ganze Stadt aus, um nur 12 000 Gulden zusammen zu bringen. Zu 100 Gulden nimmt man Geld auf. Man hat sogar die wenigen Beiträge, die zur Erbauung einer katholischen Kirche eingegangen sind, nicht unangetastet gelassen. Gestern kam an das kurfürstliche Bauamt die Weisung, alle öffentlichen Baue einzustellen, weil es an Geld, solche fortzusetzen, mangle usw. Unter diesen Umständen, fürchtete Thiard, werde sich der Wunsch Napoleons nicht erfüllen lassen, wenn man nicht der badischen Regierung durch Vorschüsse oder Darlehen die Mittel gewähre, um die ersten Ausgaben zu decken. Er machte Talleyrand mehrere dahingehende Vorschläge, die aber, wie es scheint, keinen günstigen Boden fanden, da Talleyrand später niemals auf sie zurück kam.

Uebrigens war es nicht die Finanznot allein, die Baden zu langsamem Vorgehen in seinen Rüstungen nötigte. Mußte doch das Geheimnis des Vertrags mit Frankreich gewahrt bleiben, von dem selbst die Mitglieder des Geh. Rates noch keine Ahnung hatten. Man mußte also alle auffallenden Schritte vermeiden, die einen Verdacht wegen der Haltung Badens hervorrufen konnten, besonders bei Oesterreich, dessen Rache das obere Fürstentum noch zu leicht ausgesetzt war. Am 15. September abends waren oesterreichische Truppen, Husaren und Tiroler Jäger, in Biberach eingezogen und hatten dort Quartier bezogen; in den nächsten Tagen wurden die Gegenden am nördlichen Bodensee durch weitere Abteilungen besetzt. Streifkorps, die bis in den mittlern und nördlichen Schwarzwald vordrangen,

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

zeigten, daß die Gefahr einer Ueberrumpelung durch die Oesterreicher nahe genug lag. Die vom Obervogteiamt Biberach an das Geheimratskollegium einlaufende Meldung versetzte dieses in große Verlegenheit; es erbat vom Kurfürsten Instruktion für alle Fälle und lehnte für sich alle Verantwortung ab, wenn „in der Unkenntnis der höheren politischen Hinsichten" irgend ein Mißgriff geschehe, da das Kollegium noch keine Mitteilung erhalten habe, welche Partie der Kurfürst zu nehmen gedenke oder vielleicht schon genommen habe (352). Auch jetzt erfolgte noch keine Aufklärung; der Kurfürst erließ am 18. September den Bescheid, „die etwa einkommenden Anfragen der exekutiven Behörden mit möglichster Vorsicht zu erledigen" und die eingelaufenen Berichte mit der Anzeige des Geschehenen jeweils vorzulegen.

Karl Friedrich suchte den eigentlichen Zweck seiner nächsten Schritte dadurch zu verhüllen, daß er in einem Schreiben an den Geh. Rat vom 19. (353) es für zweckmäßig erklärte, nach dem Vorgange Bayerns bei etwaigem Einmarsch oesterreichischer oder anderer fremder Truppen seine eigenen zurückzuziehen und bei Mannheim zu konzentrieren, wohin der nötige Transport von Militäreffekten und Fourage zu leiten sei. Freilich meinte darauf Geh. Rat Brauer, Baden befinde sich doch nicht in derselben Lage wie Bayern; er fürchtete, daß eine Konzentration der Truppen erst recht den einen oder andern Teil zur Forderung des Anschlusses veranlassen werde, und fand diese Zusammenziehung gerade in Mannheim für besonders gefährlich, da diese Stadt doch vermutlich einen Durchgangspunkt für die französischen Truppen bilden werde. Für den Fall, daß die oesterreichischen Truppen in zu bedenkliche Nähe rücken würden, gedachte der Kurfürst sich ebenfalls nach Mannheim zurückzuziehen.

Schon wenige Tage später trat an Karl Friedrich die Forderung Napoleons[1]) heran, das badische Hülfskorps schon bis zum 27. September in Durlach zur Vereinigung mit dem Korps Ney's bereit zu halten, da die französischen Truppen am 25. den Rhein überschreiten würden. Der Kurfürst erklärte Murat, der ihm am 24. von Straßburg aus die Forderung Napoleons mitteilte, es sei unmöglich, das Truppenkorps zu stellen. Er berief sich auf Artikel 1 des Zusatzvertrags, der den Zeitpunkt genau festsetze, an dem die Verpflichtung Badens eintrete; bei der Notwendigkeit, das Geheimnis zu wahren, habe man die Rüstungen nicht beschleunigen dürfen (356). Murat beruhigte ihn (357): Die Franzosen würden den Oesterreichern keine Zeit lassen, feindliche Schritte gegen die kurfürstlichen Lande zu unternehmen. Napoleon verlange nur das Mögliche; wenn der Kurfürst nicht imstande sei, das ganze Korps zu sammeln, so werde es genügen, wenn er nach Durlach schicke, was er eben beisammen habe.[2])

Am 25. September überschritten die Korps von Lannes bei Kehl und von Davoust bei Mannheim, am 26. Ney bei Au und Soult bei Speyer den Rhein. An diesem Tage kam auch Napoleon selbst in Strassburg an, wo der Kurprinz, Markgraf Ludwig und Oberst v. Harrant in Begleitung Thiards ihm ihre Aufwartung machten. Mit dem Uebergang der Franzosen über den Rhein begann eine schwere Zeit für das badische Land. Der letzte (10.)[3]) Zusatzartikel zum Bundesvertrag lautete zwar: Die französischen Generäle und Kommissäre

---

[1]) Corresp. de Napoléon. XI S. 281. Nr. 9249.

[2]) Am 18. September hatte Napoleon an Murat geschrieben: Je vous ai écrit de ménager l'électeur de Bade, pour ne point le compromettre, jusqu'au moment ou mon armée sera en mesure. Corresp. XI S. 263. Nr. 9231.

[3]) Der im badischen Memoire vorgeschlagene 9. Artikel war in einen 9. und 10. zerlegt worden.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

dürfen in den Staaten S. Kurf. Hoheit keine Requisitionen vornehmen, selbst nicht gegen Gutscheine. Es war aber vorauszusehen, dass das Land für den Unterhalt der durchziehenden Armee doch manches Opfer werde bringen müssen, und Murat bat auch am 24. September (355) den Kurfürsten, Befehl zu geben, dass Lebensmittel und Fourage während des Durchmarsches geliefert würden. Er versicherte dabei, dass ihm nichts mehr am Herzen liege, als die Untertanen des Kurfürsten vor jeder Mißhandlung zu schützen.[1]) Am 25. ließ darauf der Kurfürst an die Oberämter Weisungen ergehen, die französischen Truppen freundlich aufzunehmen und zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse, namentlich an Fourage, Anstalten zu treffen, indem allenfalls auch von den herrschaftlichen Vorräten Naturalien abgegeben werden könnten (358). Zur Erleichterung derjenigen Oberbeamten, durch deren Bezirke der stärkste Truppendurchzug geschehen dürfte, wurden landesherrliche Kommissare abgeordnet. Geh. Referendär Oehl wurde zum Oberlandeskommissar ernannt und ins französische Hauptquartier entsandt. Er erhielt die Weisung, dort die Interessen des Staats und der Untertanen wahrzunehmen und ihnen alle möglichen Erleichterungen zu verschaffen, die französische Armee in allem zu unterstützen, was die Quartiere, die nötigen Lebensmittel und Transporte betreffe, soweit das das Land des Kurfürsten angehe. Oehl begab sich sofort nach Straßburg und stellte sich dort dem General-Intendanten der Armee vor, dem Staatsrat Petiet, mit dem er hauptsächlich geschäftlich zu verkehren hatte. Schon am 28. hatte er von schweren Uebergriffen der Franzosen in Kehl zu berichten. Napoleon befahl, ohne der Bitten der Einwohner zu achten, den größten Teil der Häuser niederzureissen und den Platz in aller Eile zu befestigen. Dabei wurde die badische Regierung nicht gefragt, nicht einmal eine Mitteilung an sie gemacht. Mit Mühe erhielten die Bewohner eine Frist von 48 Stunden, um die Häuser zu räumen (360). In anderer Beziehung war man wieder zuvorkommender. Der Stadt und Universität Heidelberg wurde Befreiung von aller Einquartierung zugesichert (362)[2]), was auch etwas später für Karlsruhe erreicht wurde.[3]) Im übrigen aber hatte das Land durch die Verpflegung der großen Armee aufs schwerste zu leiden. Gegen die Bestimmung des Artikels 10 wurden die drückendsten Requisitionen vorgenommen, so daß Edelsheim dem französischen Gesandten Massias gegenüber (365) den Vorwurf aussprach, Frankreich habe durch diese Requisitionen, die gegen den Wortlaut und den Geist des Vertrages verstießen, sich einen Vertragsbruch zu Schulden kommen lassen. Noch energischer lauteten die Vorhalte, die der Kurfürst Thiard machen ließ (364): Sie könnten selbst Zeuge sein, daß es kein einziges Dorf im ganzen Lande gibt, das nicht wegen der Nichtausführung dieses Vertrages Beschwerde erheben könnte . . . Das Land ist von einem Ende zum andern ausgefressen." Die Berichte Oehls geben viele Einzelheiten über Ausschreitungen der französischen Truppen beim Durchmarsch und über die drückenden Requisitionen. Das Auftreten der Franzosen, sagte er, ist überhaupt weit unerträglicher als im letzten Krieg, „wo sie noch citoyens waren".

Schon nach dem Rheinübergang bei Au am 26. September hatte Ney den sofortigen Anschluss der badischen Truppen an sein Korps gefordert. Man bat um Frist, aber die

---

[1]) Weisung Napoleons an Murat, 21. September: Le général Lannes vivra des réquisitions qu'il fera sur la droite du grand chemin de Durlach à Stuttgart; les pays de la gauche nourriront le maréchal Ney etc. . . . Les états de Bade doivent être ménagés, puisque nous sommes amis. Corresp. XI. S. 282 Nr. 9249.

[2]) Berthier stellt am 3. Oktober im Auftrag Napoleons einen Sauvegardebrief für die Universität H. aus: Corresp. XI. S. 340. Nr. 9320.

[3]) Bertrand, Lettres inédites de Talleyrand à Napoléon, S. 155.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Franzosen wollten von keinem Aufschub mehr wissen. Aeußerst verletzend klangen die Worte des Schreibens, das Thiard aus dem Hauptquartier Napoleons in Straßburg am 29. September an den Markgrafen Ludwig richtete (363): Der Kaiser sei überrascht, daß vonseiten Badens zur Erfüllung des Vertrags noch nichts geschehen sei. Man habe ihm Zweifel an der Aufrichtigkeit des badischen Hofes einzuflößen gesucht, der absichtlich zurückhalte und nur Zeit zu gewinnen suche, um nach den Umständen zu handeln. Der Kaiser habe freilich solche Insinuationen bei der geographischen und politischen Lage Badens als unwahrscheinlich zurückgewiesen. „Es gibt ein Mittel, um allen diesen Verleumdungen entgegenzutreten: Lassen Sie sofort, morgen schon, ein Korps marschieren, von 1200 Mann, wenn es nicht stärker sein kann, von Mannheim, von Bruchsal, von Rastatt, von allen Punkten, wo Sie irgend welche Truppen haben; es soll auf Stuttgart zu rücken, und sein Kommandeur es unter den Befehl Neys stellen." Er riet ferner dem Kurfürsten, eine Proklamation an die badischen Truppen zu erlassen, dass ihr Herrscher in Befolgung des Beispiels von Bayern, Württemberg und Hessen-Darmstadt, — letztere beide hatten aber einen Allianzvertrag mit Napoleon überhaupt noch nicht geschlossen — um die Unabhängigkeit des Deutschen Reiches zu sichern und es vor den Usurpationen des Hauses Oesterreich zu retten, seine Truppen mit denen des französischen Kaisers vereinige. Ein solcher Schritt werde das Verhalten des badischen Hofes vor jeder Verleumdung sichern.

Eine solche Anzweiflung seiner Vertragstreue und Aufrichtigkeit war in den Augen des Kurfürsten ein Angriff auf seine Ehre, gegen den er sich entschieden zur Wehr setzte. Es liegt ein Konzept vor zu einem Antwortschreiben des Markgrafen Ludwig an Thiard (364), worin er in scharfen Worten dessen Vorwürfe zurückweist. Der ganze Ton beweist, daß es nicht vom Markgrafen selbst herrührt; vielleicht ist es von Edelsheim, noch wahrscheinlicher von Reitzenstein entworfen. Da das Original in Paris sich nicht findet, so bleibt es ungewiß, ob das Schreiben abgegangen ist. Der Verfasser beruft sich auf Artikel 1 des Zusatzvertrags; er begegnet der Anklage des Vertragsbruchs mit einer Gegenanklage wegen der harten Requisitionen der Franzosen. Der Kurfürst habe seine Dispositionen getroffen, um die Brigade an dem Zeitpunkte, wo man das Eintreten des casus foederis habe erwarten können, marschieren zu lassen. Vor dem Rheinübergang der französischen Truppen habe man die Vorbereitungen nicht treffen können, um keine Gegenmaßregeln der Oesterreicher hervorzurufen, die in zweimal 24 Stunden alle badischen Truppen hätten entwaffnen können. Noch jetzt sei das obere Fürstentum im Besitz einer starken oesterreichischen Heeresmacht; eine Veröffentlichung des Allianzvertrags zu diesem Zeitpunkt werde es feindlicher Behandlung und völliger Vernichtung aussetzen. Trotzdem wolle man das Opfer bringen, um die Zweifel des Kaisers zu zerstreuen. Am 1. und 2. Oktober sollten alle disponibeln Truppen in Pforzheim konzentriert werden. Die 1200 Mann, die Thiard vorläufig verlange, würden sicher beisammen sein, wenn auch an allem noch Mangel leidend.

Die Ausführung dieses am 30. September gefaßten Beschlusses wurde in der Frühe des nächsten Tages durch mündliches Drängen Thiards noch beschleunigt. Damit hatte Karl Friedrich sich öffentlich auf die Seite Napoleons gestellt, und alle bisherigen Zweifel über seine künftige Haltung waren beseitigt. Der Kurfürst hatte an diesem Tage in Ettlingen eine Zusammenkunft mit Napoleon, der am 2. bei seiner Weiterreise ihm schriftlich noch seinen Dank abstattete für die der französischen Armee erwiesene Fürsorge, verbunden mit Versicherungen seiner freundlichen Gesinnungen für das badische Fürstenhaus und dem Versprechen, daß die badischen Truppen gut behandelt werden würden (366). Er hatte

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

seine Zustimmung dazu gegeben, daß das badische Hilfskorps in Pforzheim verbleibe, bis es komplett und völlig auf Kriegsfuß sei. Der Kurfürst versicherte dem Marschall Ney, daß dies bis 15. Oktober der Fall sein werde.

Den Oberbefehl über die Brigade erhielt der jetzt zum General ernannte v. Harrant. Napoleon hatte freilich früher den Wunsch ausgedrückt, daß Markgraf Ludwig damit betraut würde. Aber der Kurfürst war dagegen gewesen; mit Tränen im Auge hatte er Thiard gebeten, man möge ihm dies Opfer nicht zumuten (340). Der Markgraf selbst hatte Bedenken geäußert, deren Berechtigung Thiard einsah. Er fürchtete, daß während seiner Abwesenheit die russisch-oesterreichische Partei am Hofe, geleitet von der Markgräfin-Witwe Amalia, zu viel Einfluß auf seinen Vater erlange; er glaubte in Karlsruhe Napoleon nützlicher sein zu können, als an der Spitze seiner Brigade. Andern gegenüber begründete er (467) seine Weigerung, selbst ins Feld zu ziehen, damit, er sei den Finanzen und den ersten Stellen vorgesetzt, folglich werde seine Gegenwart zur Leitung der Hauptgeschäfte nötig sein. Auch die Teilnahme des Kurprinzen Karl hatte Napoleon gewünscht, und der Prinz war nicht abgeneigt. Aber seine Mutter hatte dem Kurfürsten erklärt, ihr Sohn sei russischer General und könne, bevor er als solcher seinen Abschied nicht erhalte, die französische Armee nicht begleiten; sie erklärte nur der Gewalt nachzugeben und drohte ihrem Sohn mit ihrem mütterlichen Fluch, falls er freiwillig gehe (468). Reitzenstein hat später, im Dezember, diese Nichtbeteiligung des Kurprinzen für einen schweren politischen Fehler bezeichnet, durch den sich die Verstimmung Napoleons gegen Baden erkläre, die ihm in Wien entgegentrat.

Die Stimmung im badischen Offizierkorps äußerte sich, schon bevor der Kurfürst seinen Entschluß öffentlich verkündete, in einer dem Anschluß an Frankreich sehr abgeneigten Weise. Massias wußte Talleyrand davon zu berichten (361); noch genaueres geben die Berichte Schalls an seine Regierung (448, 463, 466). Eine ganze Reihe von Offizieren, die er nennt, wandten sich an ihn mit der Bitte um seine Vermittlung für den Eintritt in oesterreichische Dienste, weil es den patriotischen Sinn jedes deutschen Mannes empöre, sich auf diese Art zu Werkzeugen der Feinde des deutschen Vaterlandes mißbraucht zu sehen. „Sehr viele Offiziere würden gern in oesterreichische Dienste treten, wenn nur eine Versicherung könnte gegeben werden, daß man sie in ihrem Grade aufnehmen würde. Ich getraue mich zu versichern, daß nach einer solchen Bekanntmachung das ganze badische Militär nur aus weniger Mannschaft und nur einigen Offiziers, so als Kreaturen des Markgrafen Ludwig zu betrachten sind, bald bestehen würde.“ Der patriotische Sinn der Offiziere teilte sich auch den Mannschaften mit. „Mehr als 300 Badener sind desertiert, um sich auf die Seite der guten Sache zu stellen. Der Rest wartet nur auf eine günstige Gelegenheit, um diesem Beispiel zu folgen und sich von einer für die deutsche Nation so schimpflichen Verbindung zu lösen.“ So berichtet am 18. Oktober der russische Gesandte v. Maltiz (470).

Und das Volk? Auch von ihm weiß Schall zu berichten (465), daß in allen Kreisen Sympathie für die Sache Oesterreichs herrsche und daß man allgemein den Sieg der Kaiserlichen wünsche. Neben der allgemeinen Abneigung des Landvolks gegen jede kriegerische Aktion wirkte bei ihm wohl hauptsächlich die Erbitterung mit wegen des Verhaltens der Franzosen im Lande, der Zerstörung von Kehl, der Requisitionen, des Uebermutes der französischen Offiziere usw.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Die badische Feldbrigade,[1]) die in der ersten Hälfte des Oktober in Pforzheim auf Kriegsfuß gesetzt werden sollte, bestand aus folgenden Truppen:

1. Einem kombinierten Infanterieregiment unter Oberst v. Vincenti (2. Bataillon des Leib.-Inf.-Regt. Kurfürst und 2. Bataillon des Inf.-Regt. Kurprinz).
2. Dem Inf.-Regt. Markgraf Ludwig unter Oberst-Leutnant v. Porbeck.
3. Dem Jägerbataillon, zuerst unter Major v. Becke (der am 8. Oktober den erbetenen Abschied erhielt), dann unter Major v. Lingg.
4. Einem Husarendetachement.
5 Der 2. Kompagnie des Artilleriebataillons mit 6 Geschützen.

Am 5. Oktober erließ der Kurfürst eine Proklamation an die Truppen.[2]) Es ist leicht erklärlich, daß diese Proklamation auf die Sache, für die die Badener kämpfen sollten, nicht näher einging; nur kurz wurde betont, daß viele deutsche Mächte, darunter die nächsten Nachbarn, für dieselbe Sache fochten. Dagegen appellierte der Kurfürst an das Ehrgefühl der Truppen, an ihre Treue gegen den Landesherrn, und warnte vor Feigheit und Desertion. Gegen letztere wurden am 6. Oktober strenge Maßregeln angeordnet, die wenigstens für die nächsten Tage halfen. Am 15. Oktober, dem bestimmten Termin, war das Korps noch nicht marschfähig; erst am 25. konnte der allgemeine Aufbruch erfolgen. Schon in den nächsten Tagen ereigneten sich wieder zahlreiche Desertionen in Hall und Ellwangen. Am 31. Oktober vereinigten sich die Abteilungen in Donauwörth und bezogen hier und in der Umgegend Kantonnements. Von dort erfolgte am 10. November der Weitermarsch über Augsburg nach Braunau am Inn. Das Bataillon Kurfürst und 2 Kompagnien vom Bataillon Kurprinz verblieben in Augsburg als Teil der dortigen Besatzung; das Regiment Markgraf Ludwig (mit dem Hauptquartier) gehörte vom 18. November an zur Besatzung von Braunau; die Jäger und 2 Kompagnien wurden in verschiedene Orte im Innviertel detachiert. Der Dienst der Truppen war nicht ohne Beschwerde, beschränkte sich aber im wesentlichen auf Eskortierung von Kriegsmaterial und oesterreichischen Gefangenen. Schon am 30. Dezember kam vom französischen Oberkommando der Befehl zur Rückkehr in die Heimat. Die Truppen sollten sich in Augsburg vereinigen und von dort nach ihren Garnisonen ziehen. Die Karlsruher Garnison rückte in den Tagen vom 19.—21. Januar, die Mannheimer (Bataillon Kurprinz) am 21. Januar 1806 wieder ein. Die badischen Truppen waren in diesem Feldzug nicht an den Feind gekommen, sie hatten also auch keine Verluste an Getöteten oder Verwundeten erlitten. „Aber sie hatten sich auf schwierigen Märschen, bei strengem Dienst und rauhem Wetter abgehärtet, hatten sich als Krieger fühlen gelernt und eine treffliche Vorschule für die künftigen großen Kriege durchgemacht."

Das badische Kontingent hatte sich von Pforzheim aus noch nicht in Marsch gesetzt, als die Nachricht von dem ersten glänzenden Erfolg der französischen Waffen, der Kapitulation von Ulm, nach Karlsruhe gelangte. Sie veranlaßte Karl Friedrich zu einem kurzen Glückwunsch an Napoleon: „Ew. K. u. K. Majestät können nicht an der tiefen Bewunderung zweifeln, die mich durchdringt, indem ich die glänzenden Erfolge vernehme, mit denen Sie täglich Ihren Ruhm vermehren. Die Nachwelt wird Mühe haben, die

---

[1]) Vgl. die ausführliche „Geschichte des Feldzugs der kurfürstlich badischen Truppen gegen Oesterreich im Jahr 1805" im Badischen Militär-Almanach, IX. Jahrgang. 1862. S. 72 ff.

[2]) A. a. O. S. 83 f.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Wunder Ihrer Siege zu begreifen, deren die Zeitgenossen Ew. Majestät Zeugen sind" (373). Ebenso kurz lautete der Dank Napoleons (374). Die Kürze und der kühle Ton des Schreibens Karl Friedrichs sticht auffallend ab von der wortreichen Gratulation Friedrichs von Württemberg.[1]) Wir dürfen darin wohl ein Symptom der Stimmung erblicken, die in weiten Kreisen, auch am Hofe, herrschte und der sich auch Karl Friedrich, vielleicht unter dem Einflusse der Markgräfin Amalie, nicht entziehen konnte. Reitzenstein sah in der bei mancher Gelegenheit hervortretenden Lauheit der Gesinnung gegen Frankreich, dessen Partei, wenn auch notgedrungen, man nun einmal ergriffen habe, eine Gefahr, da sie eine Verstimmung Napoleons gegen Baden hervorrufen könne. Er hielt es Ende Oktober für geraten, um den Eifer Badens zu beweisen, ein Manifest zu erlassen, das die Allianz mit Frankreich aller Welt mitteile und zur Begründung dieses Bündnisses alle die Beschwerden, die man gegen Oesterreich habe, zusammenstelle (375). Eine andere aus der Mitte des Geheimratkollegiums hervorgegangene Denkschrift (376) sprach sich gegen ein solches Manifest aus: Die geographische Lage Badens biete in den Augen der Welt eine genügende Rechtfertigung für seine Haltung; die Beschwerden gegen Oesterreich, die für sich allein Baden doch sicher nicht zu einer Kriegserklärung veranlaßt haben würden, seien durch die Erklärungen von Württemberg und Baden schon bekannt geworden; es erscheine unklug, Oesterreich, das trotz seiner augenblicklichen Mißerfolge doch immer eine Großmacht bleiben werde, unnötig noch mehr zu reizen; außerdem werde durch eine solche öffentliche Kundgebung kaum „ein höheres Wohlgefallen" Napoleons erregt werden. Das von Reitzenstein angeregte Manifest ist dann in der Folge auch nicht erschienen.

II.

Die Verträge von Brünn und Wien.

An dem sichern Siege Frankreichs über Oesterreich hat weder Napoleon selbst noch auch einer seiner Verbündeten gezweifelt. Daher haben schon bald nach dem Beginn der kriegerischen Operationen die Erwägungen und Erörterungen darüber begonnen, wie die Früchte dieses Sieges zu verteilen seien. Schon am 17. Oktober sandte Talleyrand von Straßburg aus eine Denkschrift an Napoleon, in der er ihm seine Gedanken über die Gestaltung der Dinge nach dem Friedensschlusse auseinandersetzte.[2]) Er hat später in seinen Memoiren betont, daß er dem Kaiser zur Schonung Oesterreichs geraten habe, um sich dann mit diesem zu verbünden. Eine solche französisch-oesterreichische Allianz, gerichtet gegen Rußland, war ein Lieblingsgedanke Talleyrands. Seine Durchführung hatte zur Voraussetzung, daß zwar Oesterreich auf seine Besitzungen im Westen, in Schwaben und am Bodensee, wie auch in Venedig, Trient einbegriffen, verzichtete, um so durch die Zurückziehung seiner Grenzen von Frankreich und Italien jede unmittelbare Berührung mit diesen Staaten aufzugeben und die Wahrscheinlichkeit eines künftigen feindlichen Zusammen-

---

[1]) v. Schloßberger, Polit. und milit. Correspondenz König Friedrichs v. Württemberg mit Napoleon I. S. 4 f.

[2]) Bertrand, Lettres inédites de Talleyrand à Napoléon 1800—1809. S. 156 ff.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf